

Fachinstitut für Bank- und Kapitalmarktrecht

## **Online-Vortrag LIVE: Aktuelles zu Haftung im elektronischen Zahlungsverkehr – Rechtsentwicklungen und Haftungsfragen – PSD 3 (254181)**

**24. April 2024, 13.30 – 19.00 Uhr**  
Live-Übertragung im DAI eLearning Center

Referent:

**Prof. Dr. Stefan Werner**, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Syndikus/Direktor,  
Frankfurt am Main

### **Gliederung**

#### **I. Rechtsgrundlagen des elektronischen Zahlungsverkehrs**

1. Die einschlägigen gesetzlichen Regelungen
2. Die Online-Banking-Bedingungen als Regelungsbeispiel für den elektronischen Zahlungsverkehr und Grundlage einer branchenweiten Standardisierung
3. Die Prägung des elektronischen Zahlungsverkehrs durch die Rechtsprechung
4. Weitere Formen und Grundlagen des elektronischen Zahlungsverkehrs neben dem Online-Banking
5. Risiken des elektronischen Zahlungsverkehrs

#### **II. Die rechtlichen Auswirkungen der Zweiten EU-Zahlungsdiensterichtlinie und ihre Umsetzung in deutsches Recht sowie der del. EU-Verordnung 2022/2360 auf den elektronischen Zahlungsverkehr**

1. Der elektronische Zahlungsverkehr als Grundlage und Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Zahlungsauslösedienste
  - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Zulassung von Zahlungsauslösediensten
  - b) Die regulatorischen Voraussetzungen an die Einbindung von Zahlungsauslösediensten
  - c) Die Online-Zugänglichkeit von Konten als Voraussetzung für den Anspruch auf Inanspruchnahme von Zahlungsauslösediensten

- d) Die zivilrechtlichen Besonderheiten bei der Einbindung von Zahlungsauslösediensten
- e) Die Haftungsrisiken und Haftungsregelungen bei Einbindung von Zahlungsauslösediensten
- 2. Der elektronische Zahlungsverkehr als Grundlage und Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
  - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Zulassung von Kontoinformationsdiensten
  - b) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Einbindung von Kontoinformationsdiensten
  - c) Die Online-Zugänglichkeit von Konten als Voraussetzung für den Anspruch auf Inanspruchnahme von Kontoinformationsdiensten
  - d) Die zivilrechtlichen Besonderheiten bei der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
  - e) (Überschaubare) Haftungs- und Missbrauchsrisiken bei der Einbindung von Kontoinformationsdiensten
- 3. Die Online-Zugänglichkeit zu Konten als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Einbindung von Drittemittenten von Zahlungskarten
  - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Einbindung von Drittemittenten
  - b) Die zivilrechtlichen Anforderungen an die Einbindung von Drittemittenten von Zahlungskarten
  - c) Der Leistungsumfang der Drittemittenten von Zahlungskarten
  - d) Missbrauchs- und Haftungsrisiken
- 4. Das Zahlungsinstrument und seine Bedeutung für den elektronischen Zahlungsverkehr
- 5. Das Erfordernis zum Einsatz einer „starken Kundenauthentifizierung“
  - a) Die regulatorischen Voraussetzungen für die Verwendung einer „starken Kundenauthentifizierung“
  - b) Die zivilrechtliche Bedeutung der Verwendung einer „starken Kundenauthentifizierung“
  - c) Missbrauchs- und Haftungsrisiken im Zusammenhang mit dem zwingenden Einsatz einer „starken Kundenauthentifizierung“

### **III. Ausprägungen des elektronischen Zahlungsverkehrs**

1. Das Online-Banking
  - a) Leistungsumfang des Online-Banking
  - b) Haftungsregelungen
2. (Digitale) Karten-Zahlungsverfahren
  - a) Kartenzahlungen als Teil des elektronischen Zahlungsverkehrs
  - b) Digitale Kartenzahlungen
  - c) Die Ergänzung der physischen Karten durch digitale Karten  
am Beispiel der girocard
3. Das Elektronische Lastschriftverfahren
  - a) Abgrenzung zu sonstigen Verfahren des elektronischen Zahlungsverkehrs
  - b) Besondere Rechtsprobleme im Zusammenhang mit dem elektronischen  
Lastschriftverfahren

### **IV. Missbrauchsrisiken und Angriffsformen**

1. Haftungsregeln
2. Beweislastrisiken

### **V. Ausblick auf das Recht der PSD 3**

1. Die Aufgliederung in eine Richtlinie (PSD 3) und eine Verordnung (PSR)
2. Die Auswirkungen auf den elektronischen Zahlungsverkehr –  
Elektronische Zahlungen als Standardfall
3. Verfeinerung des Pflichtenkatalogs
4. Erweiterung der Haftungsregelungen